Demokratie – Ist sie das, was sie verspricht?

Politisch-philosophische Überlegungen zur Bundestagswahl 2013

(Dr. Hans-Jürgen Stöhr)

Am 9. September 1931 wurde in „Die Weltbühne“ von Kurt Tucholsky eine satirische Erzählung unter dem Titel „Ein älterer, aber leicht besoffener Herr“ veröffentlicht. Sie erzählt die Geschichte eines Mannes, der sich über jene Parteien informieren möchte, die zu Wahl antraten. Er lief unschlüssig von Versammlung zu Versammlung, von Lokal zu Lokal, um sich von diesen wählbaren Parteien ein Bild zu machen. Er wollte herausfinden, welcher Partei er seine Stimme geben sollte. Einer „Odyssee“ gleichend endete dieser Gang – im angetrunkenen Zustand - mit den abschließenden Worten: „… Denn winsch ick Sie ooch ne verjniechte Wahl! … Hie alleweje! Und ick wer Sie wat sahrn: Uffjelöst … (und) rejiert wern wa doch …“

Wie ähnlich sind die Bilder heute, nach über 80 Jahren, wenn es zu bedenken gibt, dass Wahlforschungsinstitute davon ausgehen, dass zu der diesjährigen Bundestagswahl ca. 30% der Wahlberechtigten der Wahlurne fernbleiben wollen. Das provoziert Fragen: Warum gibt es derartig viele Unentschlossene und Verweigerer? Selbst einen Tag vor dem Urnengang wissen viele Wahlberechtigte nicht, welche Partei oder Kandidaten sie wählen wollen. Desinteresse? Gleichgültigkeit? Parteienfrust? Hält unserer Demokratie nicht das, was sie verspricht? Ist unser heutiges Demokratieverständnis noch auf der Höhe unserer Zeit? Was ist uns Demokratie wert, die wir mit Freiheit und Gerechtigkeit verbinden?

Wahlen gehören zweifellos zu unserem Demokratieverständnis. Wir haben die Möglichkeit, mit unserer persönlichen Wahlentscheidung Einfluss auf jene Parteien, Vereinigungen und Personen zu nehmen, die das Volk im Parlament vertreten mögen. Mit dem Wahlkampf gehen Wahlprogramme einher. Doch am Ende sind nicht selten Enttäuschungen vorprogrammiert, weil der Wähler nach der Wahl seine Erwartungen nicht erfüllt sieht. Nach dem Wahlgang und den Koalitionsverhandlungen wird Wählerfrust gleich mitgeliefert. Er glaubte den Wahlversprechungen, ohne vielleicht zu wissen, dass diese parlamentarische Demokratie – solange keine absolute Mehrheit einer Partei gegeben ist, das Regierungsprogramm stets ein anderes ist als das Wahlprogramm der zur Wahl angetretenen Parteien.

Angesichts jüngst sich vollziehender innen- wie außerpolitischer Entwicklungen wie die Demonstrationen auf dem Taksim-Platz in Istanbul und in anderen Städten der Türkei, der andauernde Bürgerkrieg in Syrien, das Wegputschen eines demokratisch gewählten Staatspräsidenten durch das Militär in Ägypten, die schwelende EU-Finanzkrise oder die NSA-Abhörpraktiken in den USA stellt sich die Frage: Was hat dies mit unserer Demokratie zu tun? Diese beispielhaft genannten Ereignisse berühren zutiefst unser Selbstverständnis von Demokratie und stellen es sogar in mancher Hinsicht in Frage.

Als im September 1949 im Westteil Deutschlands nach dem Untergang des Dritten Reiches die Bundesrepublik Deutschland ausgerufen wurde und sie sich ein Grund-

gesetz gab, sind seitdem mit ihr aufs Engste Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit verbunden. Diese Werte sind bis heute tragend und bestimmend für eine auf Rechtsstaatlichkeit, Privateigentum und Kapital begründete offene Gesellschaft in der BRD.

Einen Monat später wurde die DDR gegründet. Auch sie sprach von Demokratie, von sozialistischer Demokratie und eine vom Volk gewählte Volkskammer. Doch wie demokratisch waren diese beiden deutschen Staaten wirklich?

Demokratie und Diktatur – Feuer und Wasser im Staatswesen?

Demo-Kratie (griech.) heißt „Volksherrschaft“. In den damaligen antiken Stadtstaaten gehörten jene zum Volk, die freie Bürger dieses Staates waren. Sklaven, Metöken und Frauen wurden von dieser Demokratie ausgeschlossen. Die Demokratie jener Zeit vor über 2.500 Jahren wurde auf öffentlichen Plätzen gelebt, auf denen die Vollbürger diskutierten, Volksversammlungen oder Gericht abhielten. Es waren „Märkte“ der Meinungsbildung. Heute würden wir dazu sagen: Es war Basisdemokratie mit Gewählten, jedoch ohne Parlament, wie wir es heute kennen.

Interessant ist der Frage nachzugehen, wie stehen Demokratie und Diktatur zueinander. Die DDR als Diktatur beschrieben wird der BRD als Demokratie gegenübergestellt. Die DDR hat sich nicht ohne Grund selbst aufgelöst. Ungeachtet dessen bleibt die Frage, ob diese Gegenüberstellung aufrechtzuerhalten ist. Werden da nicht „Birnen“ mit „Äpfeln“ verglichen? Ist die Demokratie nicht *eine* jener Staatsformen, zu denen auch Formen der Monarchie gehören? Was ist dann „Diktatur“? Interessant ist, dass der Diktatur-Begriff in einer Doppelbedeutung auftritt: Einerseits wird damit *das Wesen* eines Staates charakterisiert. Danach ist „Diktatur“ das Herrschen jener Klasse über eine andere oder mehrere, die über Eigentum an Produktionsmittel und die Macht über Verteilung der produzierten Güter und Leistungen verfügt. Demnach sind „Diktaturen“ den Klassengesellschaften schlechthin eigen. Andererseits versteht sich „Diktatur“ auch als *eine* Regierungsform, zu der auch die Republik zählt, die wiederum entweder als Bundes- oder Zentralstaat erscheinen kann.

Nach dieser Überlegung ist nachzufragen, ob mit dieser Gegenüberstellung – die DDR ist eine Diktatur und die BRD ist eine Demokratie, noch dazu mit der Bewertung: die Demokratie ist „gut“ und die Diktatur ist „schlecht“ weiterhin so undifferenziert argumentiert und pauschalisiert werden darf. Nach meinem Verständnis sind beide deutsche Staaten in ihrem Wesen als „Diktaturen“ anzusehen. Sie sind beide Klassengesellschaften und per se „Diktaturen“ – Diktaturen der jeweils herrschenden Klasse. Die DDR als Republik und Zentralstaat war weit entfernt sowohl vom Kommunismus, der in der Vision weder eine Diktatur noch eine Demokratie kennt, als auch von einer von Gerechtigkeit und Freiheit bestimmten Demokratie, während die BRD als Republik und Föderation mit einer parlamentarischen Demokratie ausgestattet das Verständnis von einer offenen Gesellschaft, von Menschenwürde, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit repräsentiert.

Diktatur und Demokratie – Zwei Seiten ein und derselben Medaille?

Es ist gleichermaßen interessant, der Frage nachzugehen, ob beide für sich genommenen Staatsformen auch in sich jeweils die Seite des anderen trägt. Oder anders gefragt: Ist in der Demokratie auch eine „Portion“ Diktatur und umgekehrt?

Als Staatsformen sind sie grundsätzlich verschieden; sie schließen sich sogar aus. Die Diktatur des Nationalsozialismus oder jene Militärdiktaturen, die es in Griechenland, Spanien, Chile oder Argentinien gab, stehen im Gegensatz zu den heutigen Demokratien europäischer Staaten.

Die Geschichte hat gezeigt, dass aus Diktaturen Demokratien und aus Demokratien Diktaturen werden können. Die Veränderung von einer Staatsform in eine andere ist m. E. nur deshalb möglich, weil in den jeweiligen Staatsformen eine Entwicklungsfähigkeit der jeweils anderen gegeben ist. Jede Demokratie hat demnach ein mehr oder weniger innewohnendes diktatorisches, machtbestimmtes, alleinherrschendes Entwicklungspotenzial. Wenn die Regierung Mecklenburg-Vorpommerns die Werftenbürgschaft zur „geheimen Chefsache“ erklären will, wird dem Landesparlament und den Bürgern des Landes demokratische Macht entzogen und Regierungsmacht übergestülpt. Dieser Vorgang wird von der parlamentarischen Opposition, namentlich vom Fraktionsvorsitzenden der „LINKEN, Holter, als Schlag ins Gesicht der Demokratie kommentiert.

Diktatur leiten sich vom Wort ab „diktieren“, was so viel heißt wie ansagen, vorschreiben, aufzwingen. Sicherlich, Demokratie braucht gesetzliche Rahmenbedingungen, Grenzziehungen, Normen des Gemeinwohls, was ein Leben in der Demokratie möglich macht. Rechtsfreie Räume führen entweder zur Anarchie oder in eine Diktatur. Zugleich ist jede Demokratie in einem Staatswesen und damit in einer Klassengesellschaft eingebettet, bestimmt durch jene Klasse, die im Besitz der Produktionsmittel ist und über die Macht der Verteilung der produzierten Güter verfügt.

Zum anderen macht es Sinn davon auszugehen, dass in jeder Diktatur eine Entstehungsquelle für Demokratie steckt. Wie sonst kann aus einer Diktatur heraus eine Demokratie entstehen? Das ist nur deshalb möglich, weil von unten, vom Volk ausgehend, demokratische Gewalt entsteht, die jene Diktatur in eine Demokratie verwandeln vermag. Das ist die Veränderungsmacht, die basisdemokratisch immer vom Volk ausgeht und die es vermag, eine nichtdemokratische Staatsform in eine Demokratie zu gießen. Interessant ist hierbei anzumerken, dass die Geschichte zeigt, dass das Volk niemals den umgekehrten Weg gegangen ist. Eine bereits bestehende Demokratie wandelte sich zu einer Diktatur stets von „oben“, keineswegs von „unten“. Militärdiktaturen sind für diesen Weg beispielhaft. Selbst die Diktatur des Nationalsozialismus war ein „Staatsstreich“ von oben, auch wenn das Volk dem neuen Regime zujubelte.

Der Weg zur Demokratie geht nur mit Ungehorsamkeit und Volkes Willen, um dem Gemeinwesen ein demokratisches Gesicht zu geben. Heute haben sich o. g. Staaten wie Griechenland, Argentinien und Chile in Demokratien gewandelt. Es bleibt dennoch die Gefahr, wenn Volk und Staat es nicht vermögen, das demokratische Ge-

meinwesen hinreichend zu schützen, dass aus ihnen wieder Diktaturen entstehen können.

Demokratie und Macht – Wie viel Ungehorsamkeit ist im Gemeinwesen erlaubt?

Demokratie ist nur mit Freiheit zu haben. Freiheit steht hier für Eigenverantwortlichkeit, für verantwortungsvolles Denken und Handeln der Bürgerinnen und Bürger im Sinne und zum Wohle des Gemeinwesens. Das bürgerliche Engagement, die Meinungsfreiheit, das Recht auf Demonstration sind als Ausdruck freien Bürgerwillens in unserer Gesellschaft. Demokratie schließt auch das Recht einer auf Freiheit begründeten Rebellion ein. Castortransporte und Stuttgart 21 sind nur zwei Beispiele für derartige Bürgerwiderstände. Ungehorsamkeit aus allen politischen Lagern gehören zum demokratischen Alltag. Doch wie weit darf dieser gehen? Gibt es eine Grenze des Ungehorsamen, angelegt durch rechtsstaatliche „Zügel“?

Die Suche nach Antwort mag gegenwärtig besonders außenpolitisch interessant zu sein. Die jüngsten Ereignisse des zivilen Ungehorsams in der Türkei und in Ägypten zeigen, dass unsere westliche Denkgewohnheit über das Zusammengehen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, von individueller Freiheit und dem Mehrheitsprinzip bei der Regierungsbildung keineswegs jeder Logik folgen muss. Die Proteste in vielen Städten der Türkei und die Massenkundgebungen in Ägypten, die das Militär veranlasste, Mursi aus seinem Amt zu entfernen, waren keineswegs nach unserem Verständnis demokratisch legitimiert. Der türkische Ministerpräsident ignorierte den Willen der Demonstranten, weil diese nicht die Mehrheit vertreten, sondern diese von der Partei und der Regierung Erdogans repräsentiert werde. Die machtvollen Demonstrationen in Ägypten machten deutlich, zu was gewählte muslime Mehrheiten taugen, wenn dabei die Minderheit unter die Räder kommt. Ein mehrheitlich gewähltes Parlament kann, wie im Falle Ägyptens, Gesetze beschließen, aber auch die uns liebgewonnenen Freiheiten und erkämpfte Emanzipationen weg-beschließen.

Das Dilemma in der Türkei ist, dass mit der Staatsgründung 1922 die Demokratie autoritär bestellt und in den Jahrzehnten danach auch militärisch zu sichern war. Die Tragik der Modernisierung des türkischen Staates besteht darin, dass die türkische Demokratie sich nicht auf demokratischem Wege entwickeln konnte. Hier lassen sich interessente Parallelen zum Entstehen der Volksdemokratien in Europa nach dem zweiten Weltkrieg herstellen. Von außen, autoritär und nach Stalinschem Vorbild wurden diesen osteuropäischen Ländern „Demokratien“ aufgedrückt, die weder solche waren noch diesen Namen „Demokratie“ vollends verdienten.

Innenpolitisch werden neugegründete Parteien wie „Die Alternative für Deutschland“ auf den Plan gerufen, die ihren Ungehorsam zum Euro und gegenüber der gegenwärtigen EU-Finanzpolitik zum Ausdruck bringen.

Bei all´ diesen Überlegung bleibt die Frage: Wie weit darf in unserer Demokratie Ungehorsamkeit gehen? Nach Meinung unseres Außenminister G. Westerwelle ist Ungehorsamkeit nur dann legitim, wenn die Willensveränderung demokratisch-parlamentarisch zum Ausdruck gebracht wird, was heißt: Gesellschaftliche Umbrüche sind nur über die Wahlurne erlaubt. Wie sind dann die Ereignisse im Juni 1953

oder im Herbst 1989 zu bewerten, obwohl im Nachgang im Frühjahr 1990 mit politischer „Schützenhilfe“ aus der Alt-BRD die ersten freien demokratischen Wahlen stattfanden? Jede Art von Massenprotest, die den Sturz einer demokratisch gewählten Regierung oder gar freiheitlich-demokratische Grundordnung zum Ziel hat, ist demnach undemokratisch und nicht legitimiert, die dem Staat das Recht gibt, alle ihm verfügbaren Mittel einzusetzen, um dessen Rechtstaatlichkeit und Demokratie zu sichern.

Demokratie und Toleranz – Wie viel Intoleranz kann Demokratie aushalten?

Immer wieder wird betont: Demokratie lebt von Toleranz (tolerare, lat.: erleiden, erdulden). Ja, Toleranz wird als Ausdruck von Stärke einer Demokratie gesehen. Die unterschiedlichen Auffassung von Bund und Länder hinsichtlich des NPD-Verbots macht deutlich, wie schwierig eine Grenzziehung zwischen Toleranz und Intoleranz ist, hierfür eine richtige Entscheidung zu treffen. Einigkeit gibt es darüber, dass Demokratie von Toleranz lebt, was heißt, dass unterschiedliche, ja gegensätzliche Meinungen, Sicht- und Verhaltensweisen erlaubt sind. Doch wie weit geht sie? Was heißt Toleranz im Zusammenhang mit Demokratie? Wenn Demonstrationen mit Polizeiknüppel und Wasserwerfern niedergerungen werden, dann ist offensichtlich für die Exekutiven die Toleranz überschritten. Die Wertung von Toleranz und Intoleranz – auch im Denken und Verhalten der Bürger im Gemeinwesen, braucht Kriterien. Die Gesetzgebung, insbesondere das Grundgesetz, ist ein derartiges Maß, inwieweit Ablehnung, Akzeptanz oder Zurückweisung geboten ist. R. Forst macht in seinem Artikel „Toleranz ist nicht beliebig“ (sh. Zeit Philosophie Nr. 25 v. Juni 2013) auf die Problematik des Toleranz-Verständnisses aufmerksam: „Der Begriff der Toleranz selbst sagt uns nicht, woran wir uns hier zur Orientierung halten sollen. Und viele Werte oder Grundsätze bieten sich hier an – Freiheit und Autonomie auf der einen Seite, soziale Stabilität und Frieden auf der anderen. Je nachdem, wo der Schwerpunkt gesetzt wird, kommt man zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen.“ (ebenda, S. 35) Dazu kommen persönliche Erfahrungen und die moralischen Wertevorstellungen, die darüber eigene Toleranz und Intoleranz bestimmen, die in Bezug zu den Grundwerten der demokratischen Gesellschaft stehen. Toleranz ist m. E. dann geboten, wenn meine persönliche Wertvorstellung nicht konform gehen mit der des Gemeinwesens, die aber der persönlichen übergeordnet ist. Toleranz wäre dann auszuüben, wenn mein Gegenüber eine politische Auffassung vertritt, die nicht die meinige ist, jedoch die Rechtsstaatlichkeit diesen Raum bietet.

Interessant sind die Überlegungen von R. Forst, Toleranz in einen zentralen Zusammenhang mit Gerechtigkeit zu bringen. So fragt er: „Beruht meine Ablehnung einer Praxis auf Gründen, die nicht nur meine ethisch beziehungsweise religiöse Position widerspiegeln, welche andere gerade nicht teilen und auch nicht aus Gründen der Vernunft heraus teilen müssen?“ (ebenda)

Demokratie braucht Toleranz; doch sie ist nicht beliebig. Und das vor allem dann nicht, wenn Respekt im Sinne von menschlicher Würde und Unversehrtheit im Umgang miteinander fehlen. Toleranz schließt Umstrittenheit von Überzeugungen und

Verhaltensweisen ein. Dabei sind diese wechselseitig unter der Voraussetzung eines für alle gültigen Normen- und Wertesystems anzuerkennen.

Demokratie in Einheit mit Freiheit und Gerechtigkeit – Wie viel geht noch?

Die Demokratie ist ein wertvolles Gut unserer Gesellschaft. Kein deutscher Bürger, der von Rechtsstaatlichkeit in einer offenen Gesellschaft angetan ist, möchte von Tyrannen regiert werden. Die Diktatur des Nationalsozialismus hat sich als politisches Trauma in das Gedächtnis des deutschen Volkes eingebrannt. Die Folgen dieses Traumas wirken bis heute noch nach.

Die Demokratie ist *die* gesellschaftspolitische Lebensform in der BRD, die an Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde geknüpft und im Grundgesetz verankert ist. Was hat jedoch Demokratie mit Gerechtigkeit und Freiheit zu tun? Braucht Demokratie Gerechtigkeit und Freiheit, damit sie als solche auch erlebbar ist? Gegenwärtige ist eine Gerechtigkeitsdebatte entbrannt, die auch das Demokratieverständnis in ein neues Licht stellt. Die Frage, was Gerechtigkeit ist, wird deshalb heute so nachdrücklich diskutiert, weil sie für jeden einzelnen Bürger unseres Landes von existenzieller Bedeutung ist. Der Streit um den Mindestlohn oder die Folgen der Finanzkrise und deren Lösungen ist entbrannt. Die „Finanzspritzen“ für Griechenland, Portugal, Spanien oder für Zypern werden als ungerecht empfunden, weil mit derartigen Entwicklungen des Finanzkapitals in der EU eine Erosion des Sozialen und des Gemeinwohls einhergeht. Aus der *Sozialen* Marktwirtschaft ist immer mehr eine neoliberale Marktwirtschaft geworden. Und dieses Monster „Markt- und Kapitalwirtschaft“ macht unsere demokratische Gesellschaft zunehmend zu einer Markt- und Kapitalgesellschaft. Markt und Kapital durchdringen inzwischen auch jene unserer Lebensbereiche, die wir bisher vor diesen schützen konnten. Es gibt heute keinen, selbst den privatesten Lebensbereich mehr, der frei von Markt und Kapital ist. Selbst unsere Demokratie unterliegt mehr dem Markt und Kapital. Spätestens zu den Wahlen spüren wir es: auf den Straßen und im Internet.

Was hält die Gesellschaft noch zusammen, wenn Markt und Kapital das Gemeinwesen mit seinen Werten marode werden lassen? Welche sind ihre tragenden Grundwerte, wenn immer mehr Ungerechtigkeit das Leben der Menschen bestimmt? Wachsende Ungerechtigkeit führt zwangsläufig zu Einschränkungen freiheitlichen Denkens und Handelns. Sie beschränkt die Würde des Menschen. Sie legt der Demokratie Handschellen an; sie stellt die Demokratie in Frage. Demokratieabbau und nicht Demokratiestärkung ist die Folge. Ein auf Markt und Kapital gestützter Parlamentarismus birgt in sich Gefahren für das Gemeingut Demokratie. Sie sind nur auflösbar, wenn wir bereit sind, unser heutiges Verständnis von Demokratie zu korrigieren, indem wir uns auf aktive Teilhabe und Teilnahme am Gemeinwesen als Teil der Tugend unseres Lebens in unserer Gesellschaft besinnen. Eine auf Marktwirtschaft begründete Demokratie wird verkonsumiert; sie ist nicht mehr gestaltbar; sie ist irgendwann nicht mehr da, verschluckt von einem Monster, das Finanzkapitalismus heißt. Das spüren sicherlich viele der oben angesprochenen Wahlgang-Verweigerer. Sie sind erst dann wieder zur Wahlurne zu bewegen, wenn Demokratie viel stärker

als Basis-Demokratie erlebbar wird, wie wir es vergleichbar aus der Antike in der Attischen Demokratie kennen.

Demokratie und der Kapitalismus in einer offenen Gesellschaft – Braucht die Demokratie den Kapitalismus?

Demokratie ist keine Staatform, die ausschließlich an die bürgerliche Gesellschaft wie die der westlichen Staaten in Europa gebunden ist. Sie hat es, wie bereits erwähnt– wenn auch anders verstanden und geprägt – auch schon vorher gegeben. Die griechische Antike mit ihren Stadtstaaten ist Vorbild für demokratisches Gemeinwesen. Oder denken wir an die Weimarer Republik, die sich nach dem Sturz der Monarchie auf den Weg zur Demokratie machte. Die nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Staaten unter dem Einfluss der damaligen Sowjetunion, die als „Volksdemokratien“ keinesfalls vergleichbar sind mit jenen aus der Geschichte bekannter Militärdiktaturen und mit dem Regime des deutschen Nationalsozialismus. Wenn diese Staaten den Namen „Demokratie“ verdienen, dann könnten diese als „totalitaristisch“ bezeichnet werden. Dieser unzufriedene Entwicklungsstand war Grund genug, sich aus dieser Art von Demokratie zu befreien und sich auf den Weg zu machen, ihr ein freiheitliches und gerechtes Antlitz zu geben. 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR und 1981 in Polen gab es hinreichend Versuche, diese als „sozialistisch“ bezeichnete Demokratie zu demokratisieren, die Demokratisierung des Staats-Sozialismus voranzutreiben und ihr das Gesicht eines *demokratischen* Sozialismus zu geben. Selbst 1989 waren mit der „Wende“ viele Bürger in der DDR von dieser Vision beseelt. Das macht deutlich, dass Demokratie nichts Statisches, Fertiges ist, sondern sich entwickeln kann und muss, was wir auch heute Ägypten und anderen afrikanischen Staaten des „Arabischen Frühlings“ unterstellen, dass deren Demokratien „wachsen“ müssen.

Die Demokratie ist also keineswegs an die BRD als kapitalistische Gesellschaftsform gebunden. Jedoch die BRD, wenn sie ihrem Grundgesetz die Treue hält, braucht die Demokratie. Zugleich sei erwähnt und nachgefragt, ob das westeuropäische Demokratieverständnis das einzige ist, das in einem Staat Gültigkeit haben kann. Was erlaubt uns zu sagen, dass nur jene Staaten demokratisch sind, die den Werten, Prinzipien und Gewaltenstrukturen der BRD oder anderer westeuropäischer demokratischer Republiken folgen. Abgesehen davon, dass zwar die Demokratie der BRD von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit geprägt, jedoch von sozialer Gerechtigkeit weit entfernt ist. Gerechtigkeit ist m. E. ein ebenso tragendes Element für eine Demokratie. Das macht deutlich, dass die Demokratie der BRD ebenso entwicklungsbedürftig ist wie manch anderer bereits benannter Staat – gewiss auf einem anderen Entwicklungsniveau. Es bleibt bei aller Diskussion die Frage offen, ob eine von Privateigentum an Produktionsmittel und Finanzkapital bestimmte Gesellschaft über *das* Demokratie-Entwicklungspotenzial verfügt, das neben Freiheit und Rechtsstaatlichkeit auch soziale Gerechtigkeit einbringen kann. Die Entwicklungen der jüngsten Monate und Jahre sind in Europa eher bestimmt durch Finanzkrise, Rettungsschirm und Abhörskandale, die eher die Demokratie verfallen lassen. Die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems bestimmt maßgeblich über die Qualität und das Entwick-

lungspotenzial der Demokratie. Demokratie und Erwartungen des Volkes an Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit ist ein zutiefst humanistischer vom Staat zu leistender Anspruch. Jedoch alles deutet daraufhin, dass Armut als Teil der Gesellschaft – auch in Deutschland – gewollt ist, weil Armut als Form der Ressourcensicherung funktioniert, den Wohlstand nicht aufbraucht und ihn für einen anderen Teil der Gesellschaft sichert.

Demokratie in der Krise der Finanzen und der Abhörskandal des NSA – Was ist Demokratie heute noch wert?

Der Staat steht im Auftrag seines Volkes Demokratie nicht nur zu sichern, sondern gleichermaßen zu produzieren und weiterzuentwickeln. Doch die durchaus beispielgebende Demokratie europäischer Staaten, einschließlich der USA hat sein Gesicht verloren und Schaden genommen. Finanzkrise und die aktuellen Abhörskandale sind beredte Zeugnisse für entstandenen und wachsenden Demokratieverlust.

Egoismus, Gier und mehr denn je das Finanzkapital höhlen die Demokratie aus. Das Finanzkapital, getragen von den Großbanken, hat sich zu einem Monster entwickelt. Ungebändigt, von Profitmaximierung getragen, hat es sich verselbstständigt. Die Finanzkrise ist zum Symptomträger einer wegschmelzenden Demokratie geworden. F. Schirrmacher bringt es in seinem Buch „EGO. Das Spiel des Lebens“ auf den Punkt, wenn er schreibt: „… wieso gab es zwar Reparaturanstrengungen in Staaten, aber nicht in Märkten? Die Antwort lautet: Weil fast alle politischen und gesellschaftlichen Eliten die Theorie, dass der Markt es besser weiß als man selbst, mit dem Naturgesetz verwechseln. Nur wegen der Umetikettierung war es möglich, dass die „Kernschmelze““ der Finanzmärkte nicht etwa Zweifel am Allwissenden auslöste, sondern die politische Vision einer dem Markt gehorchenden Demokratie in die Welt setzte, die wie Phönix aus der toxischen Asche steigen sollte.“ (S. 172)

Die Finanzkrise ist nicht Vorrübergehendes. Sie ist ein Systemfehler einer unvollkommenen Demokratie und des Parlamentarismus. Das Monster hat sich nun entfesselt, der Staat will es bändigen, statt den Finanzmarkt in die Schranken zu weisen. Doch ist dies jemals möglich, wenn man bedenkt, wie heute Finanzmarktplätze funktionieren, dass Mensch und Maschine derart verschmelzen, dass der auf dem Finanzmarkt wirkende Börsianer, sich einer Maschine, sprich: eines Computers, bedienen kann, die heute „schon keine „Fenster“ in die Märkte mehr, sondern die Märkte selbst (sind).“ (ebenda, S. 172) Die nicht aufhaltbare Verschmelzung von Mensch und Maschine auf den Finanzmärken lässt nur noch eine Form der Demokratie zu: eine *marktkonforme*. Das heißt, die Märkte haben den Zugriff auf die Demokratie und nicht umgekehrt. Die Demokratie verkommt unter den Marktwerten Individualinteresse und Profitmaximierung. Doch die Demokratie will derart gerettet sein, indem sie marktkonform zu gestalten ist. Was heißt „marktkonforme Demokratie“? Schirrmachers Antwort auf diese Frage: Es ist eine auf Informationsökonomie begründete Demokratie. Demokratie folgt den Regeln des Marktes. Demokratie wird zum Marktplatz, auf dem sich der Wahlkampf abspielt. Demokratie wird zugleich zu einem ökonomisierten Spiel. Daten werden gesammelt, Informationen werden ausgetauscht, „verdeckte Spiele“ wie Verschweigen, Ablenken oder Irritationen schaffen, alles mit

den Ziel, um aus dem Marktspiel den höchsten Profit herauszuschlagen. Marktkonforme Demokratie heißt, die Demokratie den Marktspielen der heutigen Zeit anzugleichen, der Demokratie ein marktkonformes Gesicht zu geben. Schirrmacher: „Am Projekt „marktkonforme Demokratie“ wird nach Lage der Dinge bereits in allen westlichen Industrienationen gearbeitet. Wie bisher die automatisierten Finanzmärkte, die sozialen Netzwerke und die Suchmaschinen im kommerzialisierten Internet, entwickelt der neue Informationsstaat robotergesteuerte Methoden der Verhaltensaussage und Überwachung nach dem Vorbild der Pre-Crime-Analytik.“ (ebenda, S. 178) Das Spiel des Kalten Krieges zwischen den Ost- und Westmächten ist nach dem gleichen Muster mutiert zum ökonomischen Spiel der Euro-Finanz-Staaten. Mehr noch, diese Spiele des Kalten Krieges sind zu einem wichtigen Bestandteil heutiger Informationsökonomie geworden, gespielt vom Informations-Markt-Staat USA, in Gestalt des Nachrichtengeheimdienstes NSA.

Die freiheitlich-demokratischen Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich Großbritannien haben mit ihren Abhörskandalen millionenfach die Demokratie mit Füßen getreten. Alle Argumentationen in Richtung Terrorgefahr verläuft im Sande, weil das wertvolle Gut der Demokratie dem Terrorismus geopfert wird. Sicherlich ist der Terrorismus nicht zu unterschätzen. Es bedarf der gebührenden Aufmerksamkeit des Schutzes von Staat und dessen Bürger. Wird dieser jedoch zum „Feigenblatt“ oder gar zum „Freibrief“ derartiger geheimdienstlicher Handlungen, dann verselbstständigt sich die Institution und löst sich aus dem demokratischen Staatswesen; mehr noch: es wird ausgehöhlt. Ist dieser freiheitliche Akt der Geheimdienste der Preis, den wir zu zahlen haben – Demokratie in Einschränkung in Kauf zu nehmen? Bei aller vorausgegangener These, dass in jeder Demokratie diktatorisches (von „oben“ machtbestimmtes) Potenzial steckt, bestätigt nur diese. Dabei wird nicht nur darauf aufmerksam gemacht, dass mit geheimdienstlichen Überwachungen westliche Demokratien zu schützen seien, sondern zeigt vielmehr die Gefahr, dass es eine Gestalt des Demokratieabbaus ist, die Raum für entstehende Diktaturen bietet.

Zu Recht haben wir die „Schnüffeleien“ der DDR-Staatsicherheit angeprangert und mit der Wende „weggefegt“, weil viele Bürger der DDR schmerzhaft deren Praktiken erfahren mussten. Zu Recht, haben wir dies als einen Akt fehlender Freiheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit stigmatisiert. Schon allein das war es wert, dass die DDR untergehen musste.

Sicherlich „hinkt“ jeder Vergleich. Dennoch entstehen Parallelen: Wir haben es hier und heute mit einem Überwachen und Ausspionieren von Millionen Bürgern zu tun, die sich einer hervorragenden Erfindung der Kommunikationstechnik, des Internets, bedienen und im Zeichen der Rechtsstaatlichkeit und der Verteidigung der westlichen Demokratie derartig hintergangen werden. Der Aufschrei ist begründet; möglich geworden durch den Mut eines jungen Mannes, namens Snowden, der diese Praktiken aufdeckte. Das ist ein Akt der Demokratie und Zivilcourage, der Hochachtung und Wertschätzung gebührt.

Es ist schlimm genug, dass auch die Dienste unseres Staates „mitspielen“ und gegenwärtig alles getan wird, die volle Aufklärung zu verschleiern. Insofern ist nachvoll-

ziehbar, dass die vierte Gewalt des Staates, der Journalismus, von der Pressekonferenz der Bundeskanzlerin, Angela Merkel, zutiefst über deren gemachte Aussagen zur Geheimdienstaffäre enttäuscht ist, weil viel geredet aber substanziell nichts gesagt wurde. Es bleibt also nur zu hoffen, dass akribische Recherchen von Journalisten renommierter politischer Zeitungen und Zeitschriften, mehr in Erfahrung bringen als die Bundesregierung es vermag oder öffentlich machen will.

Demokratie 2.0 – Geben Globalisierung und Internet der Demokratie eines neues Gesicht?

Computergestützte Ökonomie und Finanzmärkte sollen die Demokratie des Westens mit dem Ergebnis eines demokratischen Informations-Markt-Staates markttauglich machen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit das Internet auch Demokratie zum Guten befördern kann und wie Demokratie unter den Bedingungen der Globalisierung möglich ist. Bekommen bzw. brauchen wir zukünftig mehr oder eher weniger Volkes Herrschaft?

Die Demokratie hat mit der Globalisierung eine internationale Dimension erhalten. Und wenn von Globalisierung der Märkte die Rede ist, ist der Gedanke von der wachsenden Internettauglichkeit der Demokratie nicht von der Hand zu weisen.

Das Demokratieverständnis und -verhalten ist im Aufbruch und im Wandel. Internet und Ökonomieglobalisierung tragen wesentlich zur Veränderung bei. Wie ist die Demokratisierung der Demokratie zu verstehen?

Die Globalisierung der Märkte muss mit der Globalisierung der Demokratie einhergehen. Sie muss ein Gegengewicht zur Marktglobalisierung darstellen. Erfolgt dies nicht, verkümmert die Demokratie in der Freiheit der Märkte. Eine ohnehin zu wünschende soziale Gerechtigkeit bleibt mehr denn je auf der Strecke. Die Chance für eine globale Demokratisierung geht nur über eine sich weltweit zu gestaltende soziale Gerechtigkeit.

Die Globalisierung von Ökonomie und Demokratie ist nicht zuletzt auch möglich geworden durch das Internet. Für die Wirtschafts- und für die Finanzmärkte ohnehin ist das Internet ein Instrument des Handelns, das sich selbst zu einem Markt etablierte. Spätestens seit dem „Arabischen Frühling“ ist das Internet mit seinen Plattformen wie „Facebook“ und „Twitter“ auch ein Instrument der Demokratie geworden. Diese Plattformen geben der Demokratie ein vollkommen neues Gesicht. Demokratisches Handeln über das Internet: Aufrufe zur Demonstration sind heute in kürzester Zeit möglich. Die Internet-Nutzung ist zu einem technischen demokratieförderlichen Instrument geworden, die in kurzer Zeit Volksmacht von unten aufbauen kann.

So wie es heute digitalisierte Märkte gibt, sind im Gegenzug digitalisierte soziale Netzwerke entstanden. Das lässt hoffen, einerseits die Märkte über eine digitalisierte Demokratie zu zügeln und andererseits der Demokratieentwicklung neue Räume zu geben, an die selbst vor 25 Jahren noch keiner gedacht hat. Demokratie 2.0 ist eine sich gestaltende Basis-Demokratie mit internationaler Dimension. Das macht gleichzeitig die Brisanz der Entwicklung deutlich, vor allen in die Richtung: Wer die Macht

über diese zweite, digitalisierte Welt verfügt, wird zukünftig mächtiger sein als mancher der mächtigsten Staaten der „ersten Welt“. Das Monster ist jetzt schon da. Noch ist es im Käfig. Herausgelassen wird es über eine Macht verfügen, die sich in eine Diktatur 2.0 wandeln wird, wenn Demokratie 2.0 nicht stark genug gegenhalten kann.

Wer die Wahl hat, hat die Qual – verkommt der Wahltag zum Markttag?

Insgesamt sind 32 Parteien und politische Vereinigungen zur Bundestagswahl zugelassen. Die von der Bundeskanzlerin, Angela Merkel, angesprochene „marktkonforme Demokratie“ lässt den Gedanken zu, dass der Markt die Demokratie regelt. Das darauf aufbauende Bild ist: 32 Marktstände bieten ihre Programme feil. Jeder Marktgänger (sprich: wahlberechtigter Bürger) hat zwei Gutscheine, die er zu dessen Wohlgefallen und eigenem Interesse, geldwert (sprich: Wahlversprechen) einlöst. Dabei muss er jedoch nach dem Markttag (sprich: Bundestagswahl) feststellen, dass der „Einkauf“ doch nicht so „geschmackvoll“ war, wie das Mittagsmenü ursprünglich angedacht war. Der Ruf des Wahlbetrugs wird laut. Der Bürger fühlt sich hintergangen. Er wird und hat sich selbst zu einem Marktkonsumenten degradiert.

Die Verwunderung ist umsonst. Warum? Jede Partei (lat.: pars, das Teil) repräsentiert nur einen Teil bürgerlicher Interessen und Bedürfnisse, niemals das Gemeinwesen als Ganzes. Und weiter gedacht: Der Markt wird von einem Wahlcomputer gestaltet, weit bevor der Marktgänger zum Markt geht. Droht das Volk mit Volksabstimmung, geraten vor allem die etablierten Marktbudenbesitzer in Panik und tun alles dafür, dass das nicht eintritt. Wer möchte schon auf dem Marktplatz seine Marktbude verlieren.

Alles spricht dafür, dass die Aufforderung gilt: Benutze die Demokratie, aber besitze sie nicht! Genauer hingeschaut sind es alles andere als Parteien, die sich der Demokratie bemächtigt haben. Es sind Konzerne und Lobbyisten, die die Demokratie für sich und die Zeit nach der Wahl bis zur nächsten Wahl in Besitz nehmen. Der Wähler fühlt sich missbraucht und hat es vielleicht auch nicht verstanden, dass Demokratie kein Tagesereignis ist, sondern alltägliches Denken und Handeln im Interesse des Gemeinwohls zwischen den Wahltagen abverlangt.

Die demokratische Souveränität des Bürgers muss (wieder) hergestellt werden. Er und kein anderer ist der Akteur der Demokratie. Stattdessen verkommt unsere Demokratie immer mehr in Überwachungsmärkte. Die inzwischen informations-dateiensammelnde und marktbestimmende Gesellschaft ist dabei, die Demokratie aufzufressen. Kurz oder lang werden unserer westlichen Demokratien ersetzt durch eine neue konstitutionelle Ordnung, die alles zu einer informationsverarbeitenden Maschine werden lässt. Der Staat und seine Bürger und mit ihnen auch die Demokratie werden dann nur noch als Informationen gehandelt und gespeichert.

Wahlen werden auch deshalb vor der Wahl entschieden, weil veröffentliche Wählerumfragen, Wähler beeinflussen oder gar manipulieren. Sie wirken wie Werbung, vor allem dann, wenn Unentschlossenheit im Spiel ist. Wer möchte schon gerne unter den „Wähler-Verlierern“ eingeordnet werden. Die Informationsschleife vom Wähler zur Information und von der gewonnenen Information wieder zurück an den Wähler

bleibt nicht ohne Folgen. Insofern ist die geheime Wahl am Wahltag zwar geheim gegenüber jedem Mit-Wähler im Wahllokal, jedoch nicht mehr geheim als Einflussfaktor auf Wahlentscheidungen.

Die Zeit vor dem Urnengang trägt nicht umsonst die Bezeichnung „Wahlkampf“, was unterstellt, dass am Ende dieses Kampfes Sieger und Verlierer gekürt werden. Die auf Wahlversammlungen Auftretende und jene, die die zu Wählenden unterstützen sind „Wahlkämpfer“. Wer kämpft hier mit wem? Wer soll hier niedergerungen, zum Verlierer gemacht werden: der Wähler? Oder sind damit die Parteien oder die Kandidaten gemeint, die auf dem Wahlschein stehen?

Bei allem demokratischen Ausdruck dieses Geschehens, das den Namen „Demokratie“ und auch wieder nicht verdient, weil es ein notwendiger Akt der bürgerlichen Willensbekundung ist. Er verkümmert jedoch in dem Moment, wenn er sich auf diesen reduziert. Dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn sich am Ende dieses Aktes ein Staat mit Bürgerinnen und Bürgern als Gesellschaft repräsentiert, bestimmt durch Egoismus, Gier und Angst, in dem menschliches Individualverhalten statt Kooperation und Zusammenhalt, statt gegenseitige Achtung und Wertschätzung gilt. Wenn letztere Werte nicht tragend sind, ist das, was entsteht und bleibt eine Gesellschaft des Informationskapitalismus mit einem verselbständigten automatisierten Markt, der menschliches Verhalten auf diesen technokratischen Markt einstimmt.

Nicht die Bürgerinnen und Bürger haben die demokratische Macht, sondern in unserem Informationskapitalismus. Presse, Rundfunk und Fernsehen – durchaus als die „vierte Gewalt“ im Staate benannt – haben entweder die Chance, „Schützenhilfe“ zum Vorteil der Demokratiebewahrung und -entwicklung zu leisten oder sie verkommen selbst als Instrumente des Monsters, indem sie eine „marktkonforme“ Demokratie unterstütze. Dazu gehört ungewolltes „Vorsagen“, was die Bürgerinnen und Bürger zu denken und zu handeln haben. Viel besser ist es, wenn diese journalistischen Medien ihrer demokratischen Rolle gerecht werden, das Volk nicht nur mit Informationen zu versorgen, sondern zugleich einen Beitrag leisten für eine Kunst des klugen Denkens und Handelns.

Bei allem, was gesagt, geschrieben, kommentiert und bewertet ist: Es bleibt, wie es ist. Was lässt Tucholsky seinem älteren, aber leicht besoffenen Herrn sagen? Wie alle Jahre, aufgelöst und regiert werden wir doch.